



Pressemeldung

BDSV begrüßt geplante Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen

„Das Land Niedersachsen ist das erste Bundesland, das den Mut hat, den Entsorgungsnotstand transparent zu machen und Abhilfe zu schaffen,“ sagte Jürgen Karle, Präsident der BDSV, Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen, zur geplanten Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen zur Gesetzesänderung im Deponierecht. Die aktuelle Situation in einigen Bundesländern sei besorgniserregend und gäbe Anlass dafür zu glauben, dass Deutschland Mitte 2005 nicht ausreichend auf eine umfassende Deponieschließung vorbereitet gewesen wäre. Derzeit lägen bereits mindestens 2-3 Mio. t Abfälle in Zwischenlagern, die frühestens 2008 wieder rückgebaut werden könnten, weil vorher keine entsprechenden Kapazitäten vorhanden sind. Da der Umgang mit Zwischenlagern in den Ländern aber sehr unterschiedlich gehandhabt würde, sei zur Zeit davon auszugehen, dass weder genaue Mengenangaben über gelagerte Abfälle bekannt seien noch sicher gestellt sei, dass ausreichend Sicherheitsleistungen für den Rückbau gezahlt würden. Die BDSV plädiere deshalb für die Offenlegung der Zwischenlagerkapazitäten sowie ein schnelles Handeln auf der Seite der Länder und des Bundes. Ziel müsse sein, dass man sich auf ein einheitliches Vorgehen einigt sowohl im Bereich Zwischenlagerung, als auch wie in einem Übergangszeitraum mit der Zulassung von Abfallexporten umgegangen werde.

Ansprechpartnerin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Dr. Beate Kummer

- Umweltkommunikation -

BDSV – Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen e.V., Düsseldorf

Berliner Allee 48

Mobil: 0151-19381186

Mail: buero@beate-kummer.de